

VERFOLGT, VERTRIEBEN ... HEIMATLOS

Das Ende der deutschen Siedlung in Ost-Mittleuropa

Band IV/25

Chronik der Lebensbedingungen der Deutschen in Ost-Mittleuropa, Mittel- und Westdeutschland sowie Vereinbarungen und Pressemeldungen vom 19. Januar 1996 bis zum 31. August 1999

Aufgrund der Tatsache, daß das Leben der deutschen Bevölkerung in den Gebieten Ost-Mittleuropas örtlich, zeitlich und sachlich unterschiedlich verlief, wurde diese Chronik systematisch nach Regionen unterteilt.

Um den Ablauf der damaligen Ereignisse, Maßnahmen und Zustände realistisch darzustellen, wurde eine Vielzahl von Erlebnis- und Presseberichten zitiert. Die Erlebnisberichte mußten im allgemeinen geteilt werden, damit die Ereignisse in zeitlicher Folge angeordnet werden konnten.

Gliederung (im Überblick):

01. SBZ/Ostpreußen (sowjetisch verwaltete Gebiete im Nordteil Ostpreußens gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
02. Ostdeutschland (polnisch verwaltete Gebiete in Ostpreußen, Ostbrandenburg, Schlesien, Danzig und Ostpommern gemäß Potsdamer Abkommen vom 2. August 1945)
03. Polen
04. CSR (einschließlich Sudetenland und Slowakei). Die Slowakei trennt sich im Jahre 1992 von der CSR. Die CSR nennt sich ab 1993 Tschechien
05. Jugoslawien
06. Rumänien
07. Ungarn
08. UdSSR (seit 1991 Bundesrepublik Rußland)
09. Österreich
10. SBZ (Sowjetische Besatzungszone in Mitteldeutschland – seit dem 7. Oktober 1949 Deutsche Demokratische Republik)
11. DDR (Deutsche Demokratische Republik). Die DDR tritt am 3. Oktober 1990 der Bundesrepublik Deutschland bei
12. Berlin (Sitz der Viermächteverwaltung bzw. des Alliierten Kontrollrats). Ost-Berlin wird am 13. August 1961 durch sowjetische Truppen abgeriegelt und von West-Berlin getrennt (Baubeginn der "Berliner Mauer")
13. WBZ (Besatzungszonen der Nordamerikaner, Briten und Franzosen in Westdeutschland – seit dem 23. Mai 1949 Bundesrepublik Deutschland)
14. BRD (Bundesrepublik Deutschland)
15. Westeuropa
16. Amerika
17. Asien

19.01.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... Der Sprecher der Landsmannschaft, Franz Neubauer, warf Tschechien vor: "Prag fordert alles - den völligen Verzicht auf alle Rechte der Sudetendeutschen und dazu deutsche Entschädigungsleistungen - und ist selbst nichts zu geben bereit, nicht einmal eine moralische Distanzierung von der Vertreibung."

Für eine wirkliche Versöhnung sei offenbar in Prag die Zeit noch nicht reif, hieß es weiter.<<

23.01.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Tschechen und Deutsche können nach Ansicht des tschechischen Staatspräsidenten Vaclav Havel auch ohne gemeinsame Erklärung zur Aussöhnung miteinander leben. ...

Der Standpunkt der wichtigsten politischen Kräfte Tschechiens zu der angestrebten gemeinsamen Erklärung sei klar: Die Bundesregierung solle den politischen Willen äußern, rechtliche, Vermögens- und ähnliche Fragen, die mit der Vertreibung der Sudetendeutschen zusammenhängen, nicht aufzuwerfen.<<

24.01.1996

Italien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der tschechische Ministerpräsident Vaclav Klaus hat in Rom das Beitrittsgesuch seines Landes zur Europäischen Union überreicht und ist im Vatikan mit Papst Johannes Paul II. zusammengetroffen. ...<<

26.01.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Januar 1996 über das schwierige deutsch-tschechische Verhältnis: >>**Die Vertreibung der Sudetendeutschen bleibt belastend**

... Dieser Tage sorgen in Prag beinahe täglich "Brandbriefe" für Aufregung. Pamphlete werden zutage gefördert, die sich gegen die Deutschen im allgemeinen oder gegen den deutschen Chefdirigenten der Tschechischen Philharmonie im besonderen auslegen lassen. ...

Der Seelenkundler Petr Prihoda hielt seinen Landsleuten vor, uneingestandener Nationalismus sei typisch tschechisch: die Betonung liegt auf uneingestanden. ...

Der Streit dreht sich vordergründig vor allem um 2 Punkte: die Vertreibung der Sudetendeutschen und die Behandlung von Vermögensansprüchen.

In Prag besteht die Furcht, daß einzelne oder viele Sudetendeutsche sich schon bei einer nur formalen Anerkennung solcher Vermögensansprüche auf den Weg in die alte Heimat machen und dort – dank ihrer finanziellen Möglichkeiten – wieder Eigentum erwerben könnten. Die Tschechen wollen ein wie immer begründetes Rückkehrrecht verhindern.

Die Bundesregierung hat mehrfach erklärt, daß sie zu einer Wiedergutmachung des Nazi-Unrechtes bereit ist. Bonn verlangt von Prag aber ein klares Wort des Bedauerns und der moralischen Distanzierung von dem Unrecht an Sudetendeutschen, einschließlich einer Rücknahme der Dekrete des vormaligen Staatschefs Eduard Benes.

Die tschechische Regierung beruft sich auf höchstrichterliche Urteile, wenn sie sagt, dies sei nicht möglich. Die damaligen "ethnischen Säuberungen" könnten nicht pauschal als Unrecht bezeichnet werden.

Widersprüchlich sind die Darstellungen beider Seiten in dem Punkt, ob der Begriff "Vertreibung" in den Entwürfen für die Schlußerklärung auftaucht oder ob lediglich von Zwangsausiedlungen die Rede ist.

Der Umstand, daß die tschechische Regierung vor Tagen einen Aufnahmeantrag in die Europäische Union (EU) gestellt hat und dafür von Bonn tatkräftige Unterstützung erwartet, macht die Angelegenheit nicht einfacher, sondern eher schwieriger. Zu den hohen Grundsätzen der EU-Mitgliedschaft zählen die Freizügigkeit ebenso wie die Niederlassungsfreiheit für alle EU-Bürger. Die tschechische Regierung wird keine Begründung dafür vortragen können, daß sie Sudetendeutschen diese Rechte weiterhin verweigern will. ...<<

24.02.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Bei den deutschen Staatsanwaltschaften und Gerichten liefen 1995 noch gegen 5.570 Personen Verfahren wegen nationalsozialistischer Straftaten. Bundesminister Edzard Schmidt-Jortzig (FDP) legte am Freitag die erste bundesweite Statistik über die Strafverfolgung von NS-Straftaten seit dem Zweiten Weltkrieg vor. Die hohe Zahl der laufenden Verfahren beweise, daß die Strafverfolgungsbehörden auch heute noch die Aufgabe ernst nehmen, die entsetzlichen Verbrechen der NS-Diktatur zu ahnden, sagte der Minister. ...

Schwerste Menschenrechtsverletzungen dürften generell nicht ungesühnt bleiben. Deshalb erteilte Schmidt-Jortzig allen Vorschlägen eine klare Absage, die auf eine formelle oder faktische Amnestie für SED-Straftäter hinauslaufen. ...<<

21.03.1996

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. März 1996: >>**NATO hält an Osterweiterung fest**

... Rußland kann die Osterweiterung der NATO nach Auffassung ihres Generalsekretärs Javier Solana nicht verhindern.

"Die Frage eines Kompromisses zwischen der NATO und Rußland im Hinblick auf die geplante Erweiterung der Allianz steht überhaupt nicht zur Debatte", sagte Solana ... zu Beginn seines zweitägigen Rußlandbesuchs in einem Interview. ...

Die russische Führung hat wiederholt ihre Besorgnis über die geplante Ausweitung der westlichen Militärallianz geäußert. Westliche Regierungen haben die Befürchtungen vor der Osterweiterung der NATO meist als irrational zurückgewiesen. ...

US-Außenminister Christopher versicherte am Mittwoch in Prag vor Vertretern von 12 östlichen Reformstaaten in einem Vortrag: "Wir lassen Sie nicht auf unbestimmte Zeit im Wartesaal der NATO sitzen."

Die USA seien entschlossen, den Weg der Erweiterung des westlichen Verteidigungsbündnisses zu beschreiten.

Mit Rußland werde es keine Verhandlungen über das Thema Nato-Osterweiterung geben. Allerdings müsse auf Moskau Rücksicht genommen werden.<<

04.04.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>"Pravo" (Prager Tageszeitung) zitierte den außenpolitischen Sprecher der CSSD, Jan Kavan, wonach in der geplanten deutsch-tschechischen Erklärung gesagt werden solle, daß die Vergangenheit abgeschlossen sei. ... Zudem sollte in der Deklaration stehen, daß es während des Krieges von deutscher Seite aus zum Versuch des Völkermordes an der tschechischen Bevölkerung gekommen sei.

In diesen Kontext sollten auch die Übergriffe eingereiht werden, zu denen es in der Tschechoslowakei im Jahre 1945 gekommen war und auf die die deutsche Seite verweise. "Es ist möglich, sich vom ethischen, moralischen Standpunkt aus von den Exzessen des wilden Abschubs zu distanzieren, die auf ihre Weise Unrecht waren", sagte Kavan. Keinesfalls bedeute dies aber eine Distanzierung von der Aussiedlung der Deutschen an sich. ...<<

10.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 10. Mai 1996: >>**Karlsruhe beendet Streit um die SBZ-Bodenreform**

Enteignungen zwischen 1945 und 1949 bleiben bestehen / Betroffene rügen "Anschlag auf den Rechtsstaat"

Das Bundesverfassungsgericht hat einen Schlußstrich unter den Streit um die Bodenreform gezogen: Enteignungen zwischen 1945 und 1949 in der sowjetischen Besatzungszone (SBZ) bleiben unumkehrbar, neue juristische Vorstöße dagegen sind zwecklos. ...

Die Bundesregierung hatte argumentiert, die Unumkehrbarkeit der Enteignungen von 1949 sei

von der Moskauer Seite zur Bedingung gemacht worden. Dieser Darlegung folgend, hatte das Gericht die Ungleichbehandlung gegenüber den nach 1949 Enteigneten für rechtmäßig erklärt. Nach Auflösung der Sowjetunion hatte jedoch der frühere UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow Interviewäußerungen gemacht, wonach es ihm seinerzeit auf die Unumkehrbarkeit nicht ankam. Die Beschwerdeführer hatten daraus geschlossen, daß das Bundesverfassungsgericht 1991 von falschen Tatsachen ausgegangen sei.

Aus den Äußerungen Gorbatschows könne lediglich geschlossen werden, daß das Thema "auf den von ihm angesprochenen Ebenen" keine Rolle gespielt habe. Sie widerlegten jedoch nicht die Darstellung des damaligen Bonner Staatssekretärs Kastrup, daß die Unumkehrbarkeit der Bodenreform von der Sowjetunion im Verlauf der Verhandlungen zu einer Bedingung für die deutsche Einheit gemacht wurde.

Zustimmung kam am Donnerstag von der SPD und den Grünen in Bonn ... Werner Schulz (Grüne) sagte, niemand könne ein halbes Jahrhundert rückabwickeln.

Die Betroffenen zeigten sich empört. ... Die nachträgliche Anerkennung der Bodenreform sei "ein Anschlag auf den Rechtsstaat". ...<<

20.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über ein "Schlesiertreffen" in Görlitz: >>Ein Beitritt Polens zur Europäischen Union sollte nach Ansicht der Schlesischen Landsmannschaften an Bedingungen geknüpft werden. ...

Herbert Hupka erklärte am Sonnabend in Görlitz, zuvor müßten offene Fragen geklärt werden. Dazu gehörten Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und das Recht auf Heimat. Die Vertreibung von Millionen Deutscher bleibe ein Verbrechen, für das die Verantwortlichen bestraft werden sollten. ...<<

28.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über ein Pfingsttreffen der Sudetendeutschen in Nürnberg: >>Prags Ministerpräsident Vaclav Klaus zeigte sich entrüstet über CSU-Chef Theo Waigel. Bundesfinanzminister Waigel und der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) hatten Prag aufgefordert, die Vertreibung von mehr als 3 Millionen Sudetendeutschen als einen Verstoß gegen das Völkerrecht anzuerkennen. ...

Waigel verlangte: "Bekennen Sie sich zu den Verbrechen, die Tschechen an Deutschen begangen haben!" Ein Wort des Bedauerns wäre gleichzeitig ein weiteres Stück Annäherung der Tschechischen Republik an den europäischen Standard.

Klaus sagte dazu, er sei nicht bereit, solche Äußerungen von einem Repräsentanten der Bundesregierung anzuhören. "Und ich bin sehr überrascht, daß von uns jemand will, daß wir über den Zweiten Weltkrieg mit Bedauern sprechen sollen. Ich habe das Gefühl, daß gerade die deutsche Seite über dieses ganze Ereignis in sehr leisem Flüsterton sprechen sollte", erklärte Klaus auf einer Wahlkampfkundgebung. ...<<

29.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Zwischen den Koalitionspartnern FDP und CSU ist ein heftiger Streit um das künftige deutsch-tschechische Verhältnis und die Vertriebenenpolitik entbrannt. ... Bundesfinanzminister Waigel und der bayerische Ministerpräsident Stoiber hatten am Vortag davor gewarnt, die deutsch-tschechische Regierungserklärung zur Aussöhnung zu verabschieden, ohne auf die Belange der Vertriebenen Rücksicht zu nehmen. Als Voraussetzung müsse Prag direkte Gespräche mit den Sudetendeutschen aufnehmen, Vertreibung als Unrecht verurteilen und das Heimatrecht der Vertriebenen anerkennen.

Die Äußerungen waren beim tschechischen Ministerpräsidenten Vaclav Klaus auf heftigen Protest gestoßen. ...

Die FDP-Fraktion distanzierte sich am Nachmittag aber auch von Äußerungen ihres Abgeordneten Jürgen Koppelin. Er hatte Stoibers und Waigels Äußerungen als "unverantwortlich" und "Rückfall in den Kalten Krieg und Revanchismus" bezeichnet.<<

30.05.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 30. Mai 1996 über eine Tagung in der Loccumer Akademie: **Der deutsche "Moff", ein Klischee in den Augen vieler Niederländer**

Tagung in Loccum fragte: Warum es Deutsche und Holländer schwer miteinander haben

Der "Moff" ist fett. Er ißt gern, trinkt gern, ist laut und schrill, und wenn er nicht gerade mit blanker Brust am Strand Sandburgen baut, dann trägt er Stiefel.

Der "Moff" - das ist der Deutsche, so wie ihn viele Holländer sehen. Ein Klischee, das unentwegt durch Filme, Fernsehen und Werbung geistert. Warum sich Deutsche und Holländer so schwer miteinander tun, das wollten Teilnehmer einer Tagung in der Loccumer Akademie wissen.

Vor allem Jugendliche lassen sich von den Vorurteilen gegen Deutsche anstecken, berichtet Carola Boumer-Siebert, die seit 20 Jahren mit einem Holländer verheiratet ist und in Alkmaar lebt. Auf den Schulen bekommen deutsche Kinder von ihren zehn- bis 15jährigen niederländischen Kameraden schon mal Klassenkeile. Autos mit deutschen Nummernschildern werden mit Hakenkreuzen besprüht. Im Grenzgebiet sind Schulklassen aus Deutschland, die zu Besuch ins Nachbarland reisten, von jungen Holländern verprügelt worden: "Kein Einzelfall", so die Frau.

Warum ausgerechnet Jugendliche? Die Schüler erhalten einen einseitigen Geschichtsunterricht, meint Professor Herman de Lange, Politikwissenschaftler an der Universität Groningen: "Gleich nach Karl dem Großen kommt der Einmarsch der Deutschen in die Niederlande 1940."

Andere Deutschlandbilder würden kaum vermittelt. Ein Deutscher ist ein Nazi: Das ist die Gleichung, die viele junge Holländer aufsaugen. Sie setzt sich in der Freizeit nahtlos fort: "Die sehen sich englischsprachige Filme über den Zweiten Weltkrieg an. Einen nach dem anderen." Darin sind die Nazi-Deutschen stets die Dummen. ...

Holländer trügen noch das Bewußtsein in sich, sie lebten im goldenen Zeitalter, analysiert Professor de Lange. Das war von 1650 bis 1750. Holland blühte, war ein wirtschaftlicher Motor Europas. War eine Weltmacht mit Kolonien in Übersee und hatte eine reiche Kultur. Das protestantisch-calvinistische Weltbild, bis heute tief im Bewußtsein verankert, passe da genau: Wohlstand als sichtbares Zeichen göttlichen Segens.

Dann braute sich im Osten etwas zusammen: Preußen erwachte, baute im nahegelegenen Ruhrgebiet Industrie auf und zog im Wohlstand an den Holländern vorbei. Die reagierten neidisch.

Der Nachbar bekam Angst, fühlte sich in die Enge gedrängt. Dann marschierte Hitler ein und steigerte die Ängste ins Unermeßliche. "Ein Trauma", so Carola Boumer-Siebert.

Was kann man tun, um das Verhältnis zu entkrampfen? In beiden Ländern Sprachkenntnisse fördern, damit sich Deutsche und Holländer verstehen, rät Professor de Lange: ... "Geschichte", sagt er, "ist so explosiv wie eine Atombombe. Sie kann noch nach Jahrzehnten hochgehen."<<

18.07.1996

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Immer mehr Siebenbürger Sachsen zieht es aus Rumänien nach Deutschland. ... Allein 1990, im Jahr nach dem Sturz vom Staatspräsidenten Nicolae Ceausescu, siedelten 120.000 Rumäniendeutsche in die Bundesrepublik über. Die Zahl hat sich inzwischen auf 6.000 jährlich eingependelt. Aber die

Landstriche, in denen vormals noch 210.000 Menschen Deutsch als ihre Muttersprache angaben, sind ausgeblutet. ...

Das kulturelle Leben der Rumäniendeutschen ist trotz der Förderung aus Bonn in Millionenhöhe zumindest auf den Dörfern erstorben. ... "Die Kirche ist Heimat wegen der deutschen Sprache", sagt der Bischof der Siebenbürger Sachsen, Christoph Klein. Anders als in Deutschland gebe es hier kaum Kirchenaustritte. ...

Pastor Gerald Binder ist seiner Frau und seinen 3 Söhnen nicht nach Deutschland gefolgt. Er hat es nicht übers Herz gebracht, seine "Schäflein" allein zu lassen. In meinem Haus ist es einsam geworden. Er berichtet von einem alten Kettenhund, der ein Haus bewacht, das seit Jahren unbewohnt ist. "Am Anfang haben die Auswanderer noch ihre Häuser verschleudert. Jetzt sperren sie ab und gehen weg." ...<<

07.08.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg muß nicht bis zum Jahresende geschlossen bleiben, wie es Museumsleiter Ronny Kabus noch vor 2 Wochen befürchtet hatte. ... Kabus hatte von Schließung gesprochen, weil das Land im Zuge seiner Sparbemühungen nur 80 % der üblichen Förderung leisten wollte, was in Lüneburg ein Minus von 95.000 DM bedeutet hätte. ...<<

06.09.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker": >>... Goldhagen behauptet: Beim Holocaust beteiligten sich mehr als hunderttausend "ganz gewöhnliche Deutsche" freiwillig, eifrig, zuweilen mit Lust. Ihre besondere Grausamkeit gegen die Juden erklärte er mit der Verinnerlichung einer über Jahrhunderte entwickelten und die deutsche Gesellschaft bis zum Zweiten Weltkrieg bestimmenden besonders aggressiven Form des Antisemitismus, den Goldhagen als "eliminatorisch" (also auf Beseitigung gerichtet) charakterisiert.

... Am Beispiel des Polizeibataillons 101, dessen Mordaktionen an der Ostfront Goldhagen neben anderen untersuchte, versucht er die Taten und ihre Motive, ihren besonderen Eifer, die Freiwilligkeit ihrer Teilnahme herauszuarbeiten.

Goldhagens These ist, daß die Angehörigen dieses Bataillons nicht nach besonderen Kriterien ausgesucht wurden und deshalb einen repräsentativen Querschnitt der deutschen Bevölkerung gebieten. Der Berliner Historiker Reinhard Rürup bezweifelte diese Annahme. ... Viele derjenigen, die an den Mordaktionen beteiligt waren, hätten keineswegs mit Überzeugung oder besonderer Lust mitgemacht. Viele hätten es nicht gewagt, Befehle zu verweigern. Goldhagen unterschlägt auch, daß es in Deutschland unterschiedliche Formen des Antisemitismus und eine besonders reiche deutsch-jüdische Kultur gegeben habe.

Jan Philipp Reemtsma, der Leiter des Hamburger Instituts für Sozialforschung, kam Goldhagen entgegen. Die Quellen bestätigen, daß es für die Mehrheit ganz selbstverständlich gewesen sei, daß die Juden Feinde des deutschen Volkes seien. ...<<

09.09.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Bundespräsident Roman Herzog ist am Sonntag bei einer Festrede vor Vertriebenen in Berlin von einem Zuhörer als "Vaterlandsverräter" beschimpft worden. ...

Zuvor hatte der Bundespräsident allen Ansprüchen auf ehemalige deutsche Gebiete eine Absage erteilt: "So schmerzhaft dies für Menschen ist, die in Hinterpommern, in Ostpreußen oder Oberschlesien als Deutsche in Deutschland geboren worden sind: Richtig ist - und das werden wir nicht mehr ändern können - diese Gebiete sind heute völkerrechtlich unbestritten polnisches bzw. russisches Staatsgebiet."<<

11.09.1996

Großbritannien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Das Nazi-Regime hat gegen Ende des zweiten Weltkrieges ein geplündertes Goldvermögen im Wert von damals 550 Millionen US-Dollar aus jüdischem Besitz und Zentralbankreserven besetzter Staaten aus dem Land geschafft. Die nach heutigem Wert rund 7 Milliarden Dollar wurden in die Schweiz und nach Portugal transportiert, bestätigte das britische Außenministerium. ...

Über den Verbleib des Goldschatzes steht lediglich fest, daß die Schweiz den Alliierten 60 Millionen Dollar für den Wiederaufbau in Europa zugestand. Wo die übrigen eingeschmolzenen Goldbarren geblieben sind, bleibt ein Rätsel.<<

12.09.1996

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Das Nazi-Gold in der Schweiz erregt die Gemüter. Juden fordern Rückgabe an Opfer und Hinterbliebene. ... Die Schweiz geht die Aufklärung über den Verbleib des sogenannten Nazi-Goldes, dessen Wert heute bei 10,5 Milliarden Mark liegt, trotzdem nur langsam an. ...

1946 hatten sich die Alliierten und die Schweiz darauf geeinigt, daß die Schweiz einen Beitrag als Ausgleich für das "Raubgold" an Großbritannien, Frankreich und USA herausgibt. Dabei ging es allerdings nur um einen Betrag von 60 Millionen US-Dollar. Das Geld wurde anteilmäßig an die Länder zurückgegeben, aus denen es vermutlich stammte.

Das American Jewish Committee zeigte sich "nicht irritiert", daß die Wahrheit erst so spät ans Licht kommt. Auch in den USA habe es schon vor dem Krieg Antisemitismus gegeben. So dürfe niemand überrascht sein, wenn auch später beim Umgang mit diesem Vermögen Antisemitismus eine Rolle gespielt hätte. ...<<

22.09.1996

Schweiz: Die große Zeitung "Sonntags-Blick" berichtet (x136/14): >>Die Schweiz hat die von den Nazis flüchtenden Juden an der Grenze abgewiesen und so in den Tod geschickt. Das Gold, das die Nazis den toten Juden aus den Zähnen brachen, hat die Schweiz willig akzeptiert und gewaschen.<<

03.10.1996

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der Rüsselsheimer Autohersteller Opel hat am Mittwoch den Startschuß zum Bau eines 470 Millionen DM teuren Werks in Polen gegeben ... Die Lohnkosten betragen ein Zehntel von denen in Deutschland.<<

26.10.1996

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Oktober 1996: >>Das herrenlose Vermögen ermordeter Juden belastet die Schweiz. Ein jetzt bestätigter Geheimvertrag mit Polen wirft Schatten auf eine Nation, die bisher als demokratisches Musterländle galt. ... Bubis (Vorsitzender des Zentralrats der Juden in Deutschland) geht davon aus, daß die Nazis seinerzeit einen Teil der geraubten Schätze verkauften und damit "sowohl ihre Importe bezahlt wie auch Reserven auf Schweizer Konten gebildet hätten. ... Ähnliche Vorwürfe an die Schweiz kommen heute besonders aus Amerika. ...

So hat die Schweizer Regierung, ... wie Bundesrat Kaspar Villiger es ausdrückt ... bei dem jüngst bekannt gewordenen Geheimvertrag mit Polen aus dem Jahr 1949 ... "kein sehr gutes Gefühl". Das schlechte Gefühl des Bundesrats ist berechtigt, denn Polens Außenminister Dariusz Rosati bestätigte ... erstmals öffentlich, daß es einen Geheimvertrag mit der Schweiz über die Konten jüdischer Holocaust-Opfer gegeben habe. ... Nach diesem Abkommen aus dem Jahre 1949 sollten Schweizer, die nach der kommunistischen Machtübernahme in Polen Vermögen verloren hatten, unter anderem mit dem Geld von polnischen Nazi-Opfern entschädigt werden können.

Die Vereinbarung sah auch vor, das Geld von Schweizer Konten ermordeter polnischer Juden der Polnischen Nationalbank zu überweisen. ...

Die Schweizer fühlen sich von der Vergangenheit eingeholt und überrumpelt. Viele wollen es heute noch nicht wahrhaben, ... daß die Schweiz nach dem Krieg die herrenlosen Gelder aus Polen ohne gewissenhafte Suche nach den Erben dem polnischen Staat - und nicht etwa jüdischen Organisationen - übergeben hat. ...<<

29.11.1996

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Nach 2jährigem Tauziehen scheint der Weg zur Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung noch vor Weihnachten offen. ...

Nach dem Bericht von "Mlada fronta dnes" wird die Vertreibung der Sudetendeutschen nach Kriegsende aus der Tschechoslowakei in der letzten Textfassung als "Austreibung" oder "Zwangsaussiedlung" bezeichnet. Der Begriff "Vertreibung" werde für das Schicksal der Tschechen verwendet, die mit dem Einmarsch der Hitler-Wehrmacht die damaligen Grenzgebiete verlassen mußten.<<

1997

>>Noch nie war einer glücklich, welcher Unrecht tat.<< (Euripides)
--

02.01.1997

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über Rumäniens EU-Beitrittspläne: >>Die Rumänen wollen mehr Tempo bei der Entwicklung ihres Landes, erst recht nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Emil Constantinescu. ...

Besonders wichtig für Rumänien bleibt die europäische und euroatlantische Integration des Landes. Auf Deutschland als dem wichtigsten Handelspartner und die treibende Kraft in der EU richten sich da viele Hoffnungen. ...<<

16.01.1997

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... Die Frage, ob er Demokrat sei, wies Lebed (General und "Mann des Jahres" in Rußland) barsch zurück: "In Rußland gibt es keine Demokraten. Die, das von sich behaupten, sind Heuchler."

Um ein demokratisches Land zu werden, brauche Rußland noch 2 Generationen, was nach landläufiger Auffassung mindestens 50 Jahre bedeute. Die Gefahr sei groß, sagte Lebed, daß Rußland vollends ins Chaos gleite. ...

Sollte Rußland auseinanderbrechen, warnte Lebed, werde es einen Krieg geben, den dritten Weltkrieg. Und der werde keine Sieger haben. Dann werden der Welt die Fetzen um die Ohren fliegen.<<

31.01.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der Bundestag hat am Donnerstag mit breiter Mehrheit der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung zugestimmt. ... Kohl bezeichnete in seiner einleitenden Regierungserklärung die Deklaration als einen "guten Text", mit dem beide Seiten klar und mutig auf strittige Abschnitte der gemeinsamen Geschichte eingingen.

Die Erklärung sei ein Beitrag zur Aussöhnung: "Sie soll helfen, den Teufelskreis gegenseitiger Aufrechnung und Schuldzuweisung zu durchbrechen." Nachdrücklich forderte er die Sudetendeutschen auf, am Aussöhnungswerk mitzuarbeiten. ...<<

10.02.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Wenige Tage vor der entscheidenden Abstimmung über die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung im Prager Parlament hat die Sudetendeutsche Landsmannschaft ihre Ablehnung erneuert. ... Der Vorsitzende der Landsmannschaft, Franz Neubauer, hatte am Sonnabend angekündigt, die Sudetendeutschen würden ihre Interessen nun im Rahmen des geplanten EU-Beitritts von Tschechien geltend machen. ... In dem Manifest heißt es, die über die Köpfe der Betroffenen hinweg verein-

barte Erklärung enthalte geschichtliche Unwahrheiten. Sowohl das Selbstbewußtsein als auch das Rechtsempfinden der Sudetendeutschen werde mit der Erklärung schwer verletzt.<<

14.02.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Im Prager Parlament dauert auch in der Nacht zum Freitag die Debatte über die deutsch-tschechische Aussöhnungserklärung an. ...

Dabei kam es zu scharfen Ausfällen der rechtsradikalen Republikaner. Ihr Vertreter Josef Krejsa bezeichnet den tschechischen Chefunterhändler als "analen Höhlenforscher". Man habe es zu tun mit einem "großdeutschen Reich unter der Maske der Europäischen Union". Ein weiterer Rechtsradikaler meinte, die Billigung der Deklaration käme Hochverrat gleich. ...<<

15.02.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Das tschechische Parlament hat am Freitag nach viertägiger Debatte der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung zugestimmt.

Für die Deklaration votierten 131 Abgeordnete, 59 waren dagegen. ...<<

19.02.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... 87 Millionen, die Bonn in die Ukraine für die NS-Opfer überwiesen hatte, sind in dunklen Kanälen verschwunden. ...

Das Geld gehört zu einem Fonds von einer Milliarde Mark, den die Bundesregierung 1993 für Entschädigungszahlungen an Rußland, Weißrußland und die Ukraine bereitgestellt hat. ...<<

21.02.1997

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die 9 jüdischen Gemeinden in Polen erhalten ihr früheres Eigentum zum Teil zurück. Das entschied am Donnerstag das polnische Parlament der Sejm. ... Immobilien, die früher nicht religiösen oder kulturellen Zwecken dienten, sind von der Regelung ausgeschlossen.

Jüdische Organisationen in den USA und Israel lehnten das Gesetz ab, weil nur ein Teil des früheren Gemeinde-Eigentums zurückgegeben werden soll. Außerdem bestehen sie auf der Rückgabe des früheren privaten jüdischen Besitzes.<<

26.02.1997

Ungarn: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Bundespräsident Roman Herzog hat Ungarn die volle Unterstützung Deutschlands auf dem Weg in die Europäische Union (EU) und die NATO zugesichert. Bei einem Staatsbesuch in Ungarn sagte Herzog am Dienstag vor der Nationalversammlung in Budapest, Ungarn werde zu den ersten Kandidaten gehören, die in die EU und den Nordatlantikpakt aufgenommen würden. Herzog würdigte insbesondere die ungarische Minderheitenpolitik. ...<<

18.03.1997

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Tschechiens Regierung hat empört auf die Drohung eines russischen Diplomaten reagiert, der für den Fall eines NATO-Beitritts des Landes die Wirtschaftsabkommen zwischen Tschechien und Rußland in Frage gestellt habe. ...

Der Botschafter hatte in einem Interview gesagt, ein Beitritt zur NATO könne schädliche Auswirkungen auf wichtige Abkommen haben. Der Beitritt habe für Rußland erhebliche Verluste im Waffengeschäft zur Folge. Als Reaktion könne Rußland seine Abkommen mit Tschechien über die Lieferung von Gas und Atomstrom neu überdenken. ...<<

25.04.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... Der tschechische Präsident wurde im politischen Teil seiner Rede in diesem Punkt ein wenig deutlicher, als er ausführte: "So wie das heutige Deutschland nicht in der Lage ist, die Zehntausenden tschechischen NS-Opfer ins Leben zurückzurufen und uns in die Zeit vor 1938 zurückzuführen, wo Tschechen,

Juden und Deutsche bei uns zusammenlebten, so wenig kann die heutige Tschechische Republik den vertriebenen Deutschen ihr altes Zuhause zurückgeben. ...<<

14.05.1997

Schweiz: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... Der Bericht des US-Unterstaatssekretärs Stuart Eizenstat, in dem die Rolle der Schweiz im und nach dem Zweiten Weltkrieg gerügt und für eine Wiedergutmachung plädiert wird, rüttelte die Eidgenossen auf. Er belegte unter anderem, daß die Schweiz mit "Totengold", abgenommenem Schmuck und herausgebrochenem Zahngold der Holocaust-Opfer gehandelt hat. ...

2 Jahre nach Kriegsende wurde das Washingtoner Abkommen zwischen der Schweiz und den USA, Großbritannien und Frankreich unterzeichnet. Die Schweiz übergab daraufhin einem Reparationsfonds 250 Millionen Franken als Abgeltung für den Handel mit deutschem Raubgold - weit weniger allerdings, als die Siegermächte ursprünglich gefordert hatten. ...<<

22.05.1997

Ukraine: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die Präsidenten Polens und der Ukraine, Aleksander Kwasniewski und Leonid Kutschma, haben am Mittwoch in Kiew eine Versöhnungserklärung unterzeichnet, die einen Schlußstrich unter die schwierige polnisch-ukrainische Vergangenheit ziehen soll. In dem Dokument bekennen sich beide Länder zu ihrer Verantwortung für Unrecht, das ihr Verhältnis bis heute belastet. Dabei geht es um blutige Ereignisse aus der Zeit des Zweiten Weltkrieges und den ersten Nachkriegsjahren. ...<<

03.07.1997

Rumänien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über "Rumäniens letzte Hoffnung": >>... Seit Monaten haben fast alle rumänischen Diplomaten und Politiker nur ein Ziel: Westliche Regierungen sollen davon überzeugt werden, daß das Land zur ersten Gruppe der osteuropäischen Länder zählen müsse, die in die NATO aufgenommen werden. Und Deutschland, das weiß auch (Staatspräsident) Constantinescu, kommt dabei eine entscheidende Rolle zu. Bonn könnte im Streit zwischen den USA und den meisten europäischen NATO-Mitgliedern den Ausschlag geben. Denn die USA haben sich bereits vor dem Gipfel ganz klar festgelegt, daß der NATO mit Polen, Ungarn und Tschechien nur 3 Ländern die Aufnahme in der ersten Runde anbieten sollte.

Vor allem Frankreich und Italien möchten dagegen auch noch Rumänien und Slowenien dabei haben. ...<<

08.07.1997

Spanien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Juli 1997 über die NATO-Erweiterung: >>**Teures Vergnügen**

Auf ihrer heute beginnenden Gipfelkonferenz werden die Staats- und Regierungschefs der NATO-Staaten die Ausdehnung des westlichen Bündnisses nach Osten als großen Erfolg feiern. Aus der Sicht des Kalten Krieges ist die Erweiterung der NATO um Polen, Tschechien und Ungarn tatsächlich ein triumphales Ereignis. Aber auf weitere Sicht sind damit für die Allianz erheblich Probleme verbunden, über die im Vorfeld der Entscheidung viel zu wenig gesprochen worden ist. Vor hochtrabenden Worten wie dem Ausspruch, hier entstehe eine neue "europäische Sicherheitsarchitektur", sollte man sich hüten. ...

Im amerikanischen Senat sind die Kosten der NATO-Osterweiterung ausgiebig diskutiert worden, in Deutschland sind sie merkwürdigerweise praktisch unbeachtet geblieben. Dabei handelt es sich um einen Brocken. In einer Ausarbeitung der amerikanischen Regierung sind sie auf 35 bis 60 Milliarden DM geschätzt worden.

Bei der augenblicklichen Finanzklemme in sämtlichen Mitgliedsländern ist das ein gewaltiger Betrag. Bei aller Freude, die der bevorstehende Beschluß von Madrid bei den neuen Mitgliedern auslösen wird – es ist ein teures Vergnügen.

Daß diese Ausgaben notwendig sind, wenn die NATO-Erweiterung Sinn haben soll, läßt sich nicht bestreiten: Militärischer Schutz setzt entsprechende Vorkehrungen für den Ernstfall voraus. Rund ein Drittel der Summe soll der Modernisierung der Streitkräfte in den drei östlichen Staaten dienen. ...

Die Notwendigkeit dieser Geldausgaben scheint niemand zu bestreiten. Aber schon jetzt ist abzusehen, daß dem feierlichen Beschluß alsbald ein unfeierliches Gerangel folgen wird, wer denn dies alles bezahlen soll. Polen, Tschechien und Ungarn werden dazu am allerwenigsten imstande sein. Die drei hoffen auf Hilfe der Amerikaner und Westeuropäer. Es gibt aber kein Land, in dem in den letzten Jahren der Wehretat nicht kräftig angezapft worden ist, um anderswo Löcher zu stopfen.

Soweit bekannt ist, hat nur Amerika kluge Vorsorge getroffen. Die Amerikaner haben im Bündnis verkündet, sie fühlten sich bloß verpflichtet, sich an der Verbesserung der Kommunikationsmittel zu beteiligen. Das bedeutet für sie, daß sie nur sehr geringe Kosten zu tragen haben – ein willkommenes Geschenk für den Senat, dem auch dadurch die Zustimmung erleichtert wird. Um so mehr aber müssen die europäischen Mitglieder mit neuen Belastungen rechnen.

Bisher verschließen davor alle die Augen, nach dem Motto: Kommt Zeit, kommt Rat. ...<<

09.07.1997

Spanien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 9. Juli 1997: >>**NATO macht Ungarn, Polen und Tschechien zu neuen Mitgliedern**

Ungarn, Polen und Tschechien werden als erste Staaten des ehemaligen Ostblocks in die NATO aufgenommen. Darauf einigten sich die Vertreter des Bündnisses am Dienstag in Madrid.

US-Präsident Clinton verteidigte die Entscheidung der Allianz als "riesigen Schritt für eine friedliches Europa".<<

11.07.1997

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über Clintons Besuch in Warschau: >>Herzlicher kann eine Begrüßung kaum ausfallen: Vor mehreren tausend jubelnden Menschen umarmen sich US-Präsident Bill Clinton und Aleksander Kwasniewski auf dem Schloßplatz in Warschau. ... Clinton sagte, Polen nehme jetzt seinen festen Platz in der Gemeinschaft der demokratischen Staaten ein.<<

21.07.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 21. Juli 1997: >>**Deutschland will weniger an EU zahlen**

In immer schärferer Tonart klagen führende deutsche Politiker über die hohen Zahlungen an die Europäische Union. Die Bundesregierung will eine gerechtere Lastenverteilung in der EU durchsetzen.

Es könne nicht angehen, daß Deutschland "über die Hälfte der gesamten Nettozahlungen der EU trage, aber nur 25 Prozent am Brutto sozialprodukt der Gemeinschaft beteiligt sei, sagte Außenminister Klaus Kinkel (FDP) jetzt der "Welt am Sonntag". ...

Kinkel setzte sich für eine andere Berechnungsgrundlage der Beiträge ein. Allerdings werde Deutschland "immer mehr zahlen als andere", weil es auch Hauptnutznießer des Binnenmarktes sei. ...

Die EU-Kommission hatte bei der Vorlage ihrer "Agenda 2.000" eine Neuregelung der Beiträge abgelehnt. Der Nettobeitrag ergibt sich aus den eingezahlten Beiträgen abzüglich des Geldes, das aus EU-Kassen nach Deutschland zurückfließt.

Nach einem Papier der Finanzminister hat Deutschland von 1991 bis 1994 mit 85,7 Milliarden Mark zwei Drittel aller Nettozahlungen getragen. ...<<

21.08.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Rente für osteuropäische Juden: Die Bundesregierung leugnet politischen Druck aus Amerika. ... Am Mittwoch nun ist Rabbi Singer, stellvertretender Vorsitzender der "Jewish Claims Conference", nach Bonn gekommen zu einem Gespräch mit Kanzleramtsminister Friedrich Bohl. Diese Organisation hat schon früher Forderungen von jüdischen Opfern gegen die Bundesregierung vertreten. ...

Der Minister zählt kühl auf, daß Deutschland alles in allem bereits 100 Milliarden Mark an Wiedergutmachung geleistet habe, dabei auch mehr als eine Milliarde an Stiftungen in Polen, Rußland, Weißrußland und der Ukraine. ... "Wir sind in finanziellen Schwierigkeiten, keine Frage." Man werde sich aber, wenn er erst das Kabinett unterrichtet habe, gewiß zu einer einvernehmlichen Lösung durchringen können. ...<<

27.09.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Wenn Polen, Ungarn und die Tschechische Republik in die NATO eintreten, kommen auf Deutschland in den nächsten 10 Jahren mindestens eine halbe Milliarde Mark an Kosten zu. Diesen Betrag, berechnet vom NATO-Stab in Brüssel, hat das Bundesfinanzministerium in einem vertraulichen Schreiben an den Haushaltsausschuß des Bundestages genannt.

In amerikanischen Studien werden Summen genannt, die um das 10fache höher sind. ... Sind diese Berechnungen korrekt, dann müßte Deutschland jedes Jahr die halbe Milliarde aufbringen, die der NATO-Stab jetzt für 10 Jahre angesetzt hat. ...<<

03.11.1997

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Rußland und Japan auf Weg zum Frieden. ... Die beiden Staaten wollen ihren formal noch bestehenden Kriegszustand beenden. ... Größtes Hindernis sind hierbei 4 Kurilen-Inseln. Sie waren am Ende des Zweiten Weltkrieges von der Sowjetarmee erobert worden, und Japan fordert die Inseln seither zurück.<<

05.11.1997

Frankreich: Die Zeitung "Le Figaro" berichtet über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/25): >>Das Buch geht einer entscheidenden Frage nach. Über den Nationalsozialismus, die Gaskammern, die Ausrottung der Juden, die 3 Auschwitzlager mit ihrer grauenhaften Vernichtungsindustrie wissen wir heute Bescheid. Keiner kann dies mehr anzweifeln. Warum jedoch weigert man sich immer noch, aus einem Jahrhundert Kommunismus die Bilanz zu ziehen? Warum will man ihn retten? "Was wußte man von den Verbrechen des Kommunismus? Was wollte man davon wissen? Warum mußte sich erst das Jahrhundert seinem Ende nähern, damit sich die Wissenschaft dieses Themas annimmt?"

Ohne das Massaker allzusehr von der arithmetischen Seite zu betrachten, stellen die Schwarzbuch-Autoren fest, daß "im allgemeinen die Forschung über den stalinistischen und kommunistischen Terror gegenüber den Studien zu den Nazi-Verbrechen gewaltig im Rückstand ist".

An die hundert Millionen Tote, zum Teil mit, zum Teil ohne Grabstätte ...<<

15.11.1997

Frankreich: Die Zeitschrift "Le Point" berichtet über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/50-53): >>... Warum ist es ein erklärtes Delikt, wenn man die Verbrechen der Nazis in Abrede stellt, nicht aber, wenn man die Verbrechen der Kommunisten abstreitet? Es gibt - mit den Augen der Linken betrachtet - immer noch gute und schlechte Henker. ...

Die Weigerung der Linken, die kommunistischen Völkermorde nicht wie diejenigen der Nazis als Verbrechen gegen die Menschlichkeit einzustufen, ist weder vom geschichtswissenschaftlichen noch vom juristischen Standpunkt gerechtfertigt. Francois de Menthon, der französische Generalstaatsanwalt bei den Nürnberger Prozessen, unterstrich die ideologische Motivation der NS-Verbrechen: "Wir haben es hier nicht mit einer Zufalls- oder Gelegenheitskrimi-

nalität zu tun, sondern mit einer direkt und zwingend von einer Doktrin (Lehrmeinung) abgeleiteten, systematischen Kriminalität."

Diese Beschreibung der braunen Kriminalität paßt ebenfalls haargenau auf die rote Kriminalität. ... Die ganze Geschichte des Kommunismus ist geprägt von sozialen oder ethnischen Gruppen, die nicht für das, was sie tun, sondern für das, was sie sind, massakriert und systematisch verschleppt werden. ...

... Der Nationalsozialismus verkündete von Anfang an ein Vernichtungsprogramm, der Kommunismus hingegen verstand sich grundsätzlich als eine Befreiungsdoktrin. Dies kann man ganz und gar nicht als Entschuldigung hinnehmen. Im Gegenteil! Der Nationalsozialismus kann wenigstens für sich in Anspruch nehmen, mit offenen Karten gespielt zu haben. Der Kommunismus dagegen hat im Namen der Gerechtigkeit und Freiheit Milliarden von Menschen betrogen, denn seine Taten waren stets das pure Gegenteil. ...<<

20.11.1997

Frankreich: "Nouvelle Observateur" berichtet über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/223): >>... Angenommen, der Kommunismus sei von seinem Wesen her gut, während der Nazismus vom Wesen her pervers sei, weswegen ist dann das Verbrechen, das im Namen des Guten verübt wurde, weniger verdammenswert als jenes, das im Namen des Bösen verübt wurde?

Warum bedeuten die 25 Millionen Toten des Nazismus dessen Substanz, hingegen die 85 Millionen Toten des Kommunismus nur einen Unfall? ...<<

26.11.1997

Frankreich: "Sud-Ouest Dimanche" berichtet über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/223): >>... Heute stellt sich bezüglich des Kommunismus in Europa nicht die Frage nach der Anzahl der Opfer, sondern wie Demokraten so lange der kommunistischen Propaganda aufsitzen konnten.

Das eigentliche Problem liegt nicht in der Vergleichbarkeit der Verbrechen, sondern darin, daß wir sie nicht sehen wollten ... Diese Kapazität der Lüge ist die eigentliche Originalität des Kommunismus, im Gegensatz zum Nazismus. Im Namen des Guten schloß man die Augen angesichts der Verbrechen des Kommunismus. ...<<

03.12.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Dezember 1997: >>Historiker-Debatte in Frankreich: Der Forscher Courtois lastet den Kommunisten 85 Millionen Todesopfer an. ...

"Das Schwarzbuch des Kommunismus – Verbrechen, Terror, Unterdrückung" des französischen Historikers Stephane Courtois, ist zum Renner des Pariser Bücherwinters geworden. Courtois, Forschungsdirektor beim staatlichen Wissenschaftszentrum CNRS, hat einen neuen Historikerstreit vom Zaun gebrochen ...

"Der Tod eines ukrainischen Kulakenkindes, das vom stalinistischen Regime gezielt der Hungersnot ausgeliefert wurde, wiegt genauso schwer wie der Tod eines jüdischen Kindes im Warschauer Ghetto, das dem vom Naziregime herbeigeführten Hunger zum Opfer fiel", lautet einer der Kernsätze des Herausgebers. ...

Mit dem Vergleich, erklärte Courtois, wollte er "die Einzigartigkeit von Auschwitz nicht in Frage stellen". ...<<

30.12.1997

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... Durch einen Notenwechsel sei die Errichtung eines deutsch-tschechischen Zukunftsfonds und eines deutsch-tschechischen Gesprächsforums nunmehr offiziell besiegelt, haben Bonn und Prag gestern knapp mitteilen lassen, verbunden mit der Ankündigung: "Zukunftsfonds und Gesprächsforum werden damit wie vorgesehen Anfang 1998 funktionsfähig sein." ...

Aus dem Fonds soll vor allem Hilfe für die 8.000 noch lebenden tschechischen Opfer nationalsozialistischer Gewalt fließen. ... Die Bundesregierung stellt für den Fonds zwischen 1998 und dem Jahr 2001 insgesamt 140 Millionen Mark, Prag rund 23 Millionen Mark bereit. ...<<
1998

>>Groß ist das heilige russische Land, aber die Wahrheit findet nirgends Platz.<< (Russisches Sprichwort)

08.01.1998

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Ein Jahr nach seinen anti-deutschen Ausfällen ist der Chef der rechtsradikalen tschechischen Republikaner, Miroslav Sladek, am Mittwoch verhaftet worden.

Sladek hatte bei einer Demonstration gegen die Unterzeichnung der deutsch-tschechischen Aussöhnungserklärung im Januar 1997 gesagt, "wir können nur bedauern, daß wir wenig Deutsche totgeschlagen haben". Das Parlament entzog ihm daraufhin die Immunität. Gegen Sladek läuft ein Verfahren wegen Volksverhetzung. ... <<

05.02.1998

BRD: Die "BILD-Zeitung" berichtet: >>Die Bundesanstalt für Arbeit gibt die offiziellen Arbeitslosenzahlen für Januar bekannt: 4,82 Millionen - höchster Stand seit 1945. Anstieg in einem Monat: 301.600. Quote West 10,5 %, Ost 21,1 %. ...<<

18.02.1998

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über die Eröffnung des deutsch-polnischen Hauses in Gleiwitz: >>Junge Deutsche und Polen haben nach Ansicht von Bundespräsident Roman Herzog die Vorurteile zwischen ihren beiden Nationen überwunden. "Wir können dankbar dafür sein, daß junge Deutsche und junge Polen nicht bereit sind, Haltungen von gestern und vorgestern zu übernehmen", sagte er am Dienstag nach der Auszeichnung mit der Ehrendoktorwürde der Universität Breslau. Der Rektor der Breslauer Universität, Roman Duda, würdigte Herzog als "ausgezeichneten Juristen und Freund Polens". ...

"Die großen Probleme zwischen Polen und Deutschland sind gelöst, jetzt brauchen wir eine Graswurzelzusammenarbeit, bei der die deutschen Minderheiten im Ausland eine wichtige Rolle spielen können", sagte Herzog bei einem Empfang. ...<<

19.02.1998

Großbritannien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über die höchst seltene Verleihung der Londoner Ehrenbürgerwürde an Bundeskanzler Helmut Kohl: >>... Die "Sun" hatte mit ihrer Viermillionenaufgabe die Ehrung als ungeheuerlich abqualifiziert und behauptet, Kohls Europaliebe werde in der Londoner City "größeren Schaden anrichten als es die deutsche Luftwaffe im Zweiten Weltkrieg getan hat". Und in der "Daily Mail" hieß es, der "miserable Wirtschaftspolitiker" Kohl strebe einen europäischen Superstaat an, der Großbritannien seiner Rolle als internationales Finanzzentrum beraube. ...<<

27.03.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der Bundestag hat am Donnerstag dem Beitritt Polens, Tschechiens und Ungarns zur NATO zugestimmt. Die osteuropäischen Nachbarstaaten sprachen von einer "historischen Weichenstellung". Die NATO-Osterweiterung stützte sich im Bonner Parlament auf eine breite Mehrheit: Neben CDU/CSU und FDP votierten auch die Sozialdemokraten dafür. ...<<

07.04.1998

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Das russische Verfassungsgericht hat Präsident Boris Jelzin in einem am Montag veröffentlichten Urteil angewiesen, das "Beutekunstgesetz" zu unterschreiben. Die Moskauer Richter gaben einer entsprechenden Klage des Parlaments statt. Nach dem von Duma und Föderationsrat 1997 verabschiedeten

Gesetz gehören Hunderttausende Gemälde, Bücher und Akten, die die Sowjetunion nach dem Zweiten Weltkrieg aus deutschen Museen, Bibliotheken und Archiven verschleppten, Rußland - als Kompensation für die Zerstörung und Verschleppung russischer Kulturgüter durch die Nationalsozialisten. ...

Jelzins Bevollmächtigte ... kündigten am Montag an, der Präsident werde "in nächster Zeit" beantragen, das Gesetz für verfassungswidrig zu erklären, weil es "Akte internationalen Rechts, die von der UdSSR und der Russischen Föderation ratifiziert worden sind, grob verletzt" - z.B. die Haager Landkriegsordnung von 1907, nach der "Werke der Kunst und der Wissenschaft" nicht beschlagnahmt werden dürfen. Darüber hinaus hatte sich Moskau mit Bonn im Freundschaftsvertrag von 1990 und im Kulturabkommen von 1992 geeinigt, die Beutekunst zurückzugeben. ...

... "In Rußland befinden sich noch eine Million Objekte aus deutschen Museen und Sammlungen, 2 Millionen Bücher und 3 Regalkilometer Archivgut", antwortete die Bundesregierung im vergangenen Jahr auf eine Anfrage der PDS. ...<<

08.04.1998

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/109-110): >>... Die Forschung ist durch eine auffallende Asymmetrie gekennzeichnet. Wir wissen weitaus mehr über den Nationalsozialismus als über den - nicht nur sowjetischen - Kommunismus. Insofern ist ein Schwarzbuch des Kommunismus, das unnach-sichtig dessen Verbrechen registriert, sehr nützlich, für ein Begreifen des totalitären Geschehens jedoch unvollständig. Noch immer kennen wir zu wenig die Herrschaftsmechanismen unter Lenin, unter Stalin, unter ihren Nachfolgern. Was ist von "Lenins und Stalins willigen Vollstreckern" bekannt, den "ganz gewöhnlichen Russen"? Die Antwort muß lauten: so gut wie nichts! ...<<

... Unter moralischen Gesichtspunkten sind die Verbrechen dieser Systeme gleichzusetzen. Insofern ist die verbreitete Schiefelage in der Einordnung beklagenswert. ...<<

27.05.1998

BRD: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/115): >>... Nicht die Verbrechen kommunistischer Regime an sich, sondern die Tatsache, daß die Ideologie, in deren Namen sie ausgeführt wurden, mindestens bis 1991 von so vielen Menschen und nicht zuletzt von vielen Intellektuellen als eine echte, bessere und mögliche Alternative zum westlichen Kapitalismus angesehen wurde - dies ist das eigentliche Problem. ...<<

30.05.1998

Österreich: In Wien berichtet die "Presse" über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/77-78): >>... Warum wußte und weiß man - trotz der Arbeiten von Solschenizyn, der Maschke-Kommission oder des Instituts für Kriegsforschung - so wenig über die Verbrechen des Kommunismus? Warum beschäftigt sich die Wissenschaft erst am Ende des 20. Jahrhunderts mit diesem Thema?

... Der besiegte Nationalsozialismus wurde von den Alliierten zum absoluten Bösen erklärt. So geriet der Kommunismus, auch durch die psychologische Stärke Stalins in den Konferenzen der "Großen Drei", fast automatisch in das Lager der Guten. In Nürnberg traten die Sowjets als Ankläger und Richter auf. ...<<

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Unmittelbar vor dem Pfingsttreffen der Vertriebenen hat der Bundestag mit Regierungsmehrheit die Vertreibung von Deutschen aus Osteuropa nach 1945 als völkerrechtswidrig verurteilt. Gleichzeitig bekräftigte die Regierungskoalition ihre Forderung nach einem Niederlassungsrecht für Vertriebene in Polen und Tschechien nach dem EU-Beitritt dieser Länder. Die Sudetendeutschen verlangten die Aufnahme Tschechiens in die EU an die Aufhebung der Benesch-Dekrete zu knüpfen. "Wer

nach Europa will, muß die europäische Hausordnung auch einhalten", sagte Sprecher Franz Neubauer in Nürnberg.

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber verlangte in der Bundestagsdebatte, die Rechtsordnung der EU-Beitrittskandidaten müsse sorgfältig überprüft werden. Wenn die Tschechische Republik sage, daß die für die Vertreibung der Sudetendeutschen verantwortlichen Dekrete der Regierung Benesch nicht aufgehoben würden, dann werde es schwer, Tschien in die EU aufzunehmen. Die Deutschen hätten in der EU die Interessen der Deutschen zu vertreten. ...<<

02.06.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... Stoiber hatte am Sonntag auf dem Pfingsttreffen gesagt, es dürfe im Interesse der Vertriebenen keinen EU-Beitritt Prags "ohne Wenn und Aber" geben. Im Lauf der Beitrittsverhandlungen müsse geklärt werden, ob die tschechische Rechtsordnung, die immer noch die Vertreibung und Enteignung von Sudetendeutschen legalisiere, in die EU-Wertegemeinschaft passe. Auch Waigel (CSU-Vorsitzender), der als Vertreter der Bundesregierung sprach, verlangte eine Distanzierung Prags von den Benesch-Dekreten und dem Amnestiegesetz von 1946. ...<<

"DPA" berichtet am 2. Juni 1998 über die Benesch-Dekrete. >>Mehr als 100 Dekrete wurden kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs vom damaligen Präsidenten der Tschechoslowakei, Eduard Benesch, erlassen, um nach der Besetzung durch Nazi-Deutschland die Rechtsordnung wiederherzustellen. 1946 billigte das Parlament die Dekrete, die damit Gesetz wurden. Auf der Grundlage von 5 dieser Verfügungen wurden die seit Jahrhunderten in Böhmen und Mähren lebenden 3 Millionen Deutschen als Vergeltung für die Zerschlagung der Tschechoslowakei durch Hitler-Deutschland enteignet. Gleichzeitig schufen sie die Voraussetzung für die Ausweisung der deutschen Minderheiten. Die noch immer gültigen Dekrete werden von deutschen und österreichischen Juristen als menschenrechtswidrig eingestuft, weil sie auf dem Prinzip der Kollektivschuld basierten und gegen die Unschuldsvermutung - die Betroffenen mußten ihre Unschuld nachweisen - verstießen.<<

04.06.1998

BRD: Die "Zeit" berichtet über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/132,140-144): >>... Auschwitz habe das Böse des Totalitarismus so vollständig in sich verkörpert, daß der Blick für die Verbrechen des Kommunismus vernebelt worden sei. Eine solche "halbseitig gelähmte Geschichte" aber sei "nicht länger akzeptabel". So bleibe es dem Schwarzbuch überlassen, das siebzigjährige Schweigen zu brechen und nun die ganze Wahrheit ans Licht zu bringen, "als moralische Verpflichtung, das Gedächtnis der Toten zu ehren". ...<<

>>... Hannah Arendt hatte bereits 1951 in ihrem Werk "Ursprünge und Elemente totaler Herrschaft" auf die Vergleichbarkeit zweier ideologischer "Zwangsdoktrinen" hingewiesen. Sie schrieb damals: "Die eine ist die zur Ideologie erstarrte marxistische Lehre vom Klassenkampf als dem eigentlichen Motor der Geschichte und die andere ist die von Darwin angeregte verwandte Lehre von einem von der Natur vorgeschriebenen Rassenkampf, aus dem sich der Geschichtsprozeß vor allem der Auf- und Abstiegsprozeß ableiten läßt." ...

Sie begriff das Böse nicht als Spezifikum der deutschen Kulturentwicklung, sondern als menschliches Verhaltenssyndrom, dessen Banalität universal ist und sich deshalb auch anderswo manifestieren kann. Das Schwarzbuch belegt auf vergleichender kontinentaler Breite, wie richtig Hannah Arendts Einsichten schon damals gewesen sind. ...

... Je mehr Daten von den Szenarien des politischen Demozids im 20. Jahrhundert die vergleichende Forschung erfaßt, um so klarer ist das Ergebnis. Demozide vom Charakter des Holocaust sind nicht einzigartig. ... Im Gegenteil: Die These von der Einzigartigkeit des Holocaust lenkt von der deprimierenden Evidenz ab, indem sie den Deutschen die Verwirklichung des Bösen als ewigen Zivilisationsbeitrag überläßt, während sich der Rest der Menschheit in be-

wußtloser Unschuld und Sicherheit der normalen Tagesordnung des Lebens zuwenden kann.
...<<

08.06.1998

BRD: Die "Süddeutsche Zeitung" berichtet über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/147-149): >>... Die Reaktionen von linker und linksradikaler Seite auf das Schwarzbuch folgen einem merkwürdigen Wiederholungszwang. Immer noch verteidigt man die "gute" emanzipatorische Idee des Kommunismus gegen seine Perversion durch Stalin. ... Mit dem Sieg der Sowjetunion über Hitler triumphierte dann ideologisch ein Antifaschismus, der die Wahrnehmung der kommunistischen Verbrechen systematisch ausblendete.

... Gedenkstätten für die Opfer des Kommunismus sind denn auch nach dessen Zusammenbruch kaum auffindbar. Die Lüge, die ein Herzstück des kommunistischen Totalitarismus war, setzt sich in dessen Wahrnehmung im demokratischen Westen zuweilen bis heute fort. ...

... "Wer zum kommunistischen Lager gehörte, zählte zu den Siegern der Geschichte und war somit Teil der guten Welt des Antifaschismus. ...

... Der Forderung Le Pens nach einem Nürnberger Prozeß entgegnet Courtois in seinem Nachwort. "Die Verbrechen des Kommunismus sind im Namen demokratischer Werte, nicht im Namen nationalsozialistischer Ideale zu analysieren und zu verurteilen." ...<<

11.06.1998

BRD: Die Zeitung "Dresdner Neueste Nachrichten" berichtet über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/150-151): >>... Während in der Bundesrepublik vor 3 Jahren jeder scheel angesehen wurde, der das Wort "Befreiung" Deutschlands nur mit Bauchschmerzen und einem "ja, aber" über die Lippen pressen konnte, behaupten in Polen nicht mal postkommunistische Politiker und Historiker, Polen sei 1945 von der Roten Armee "befreit" worden. ... Aber Osteuropas Intellektuelle können Thesen wie die von Courtois auch unbefangener diskutieren, weil sie sich nicht vor dem Verdacht schützen müssen, sie würden nationalsozialistische Verbrechen bagatellisieren. In Deutschland ist man, um sich vom NS-Regime zu distanzieren, zur Identifizierung mit den Opfern verpflichtet. Und niemand war mehr Opfer als Juden und Zigeuner.

Doch in Polen, den baltischen Staaten, der Ukraine oder Weißrußland gedenkt man in erster Linie der eigenen Opfer, und da schneiden Rote Armee, ja der ganze Kommunismus äußerst schlecht ab. ...<<

15.06.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die CSU hat Polen aufgefordert, die deutschen Kulturgüter, die während des Zweiten Weltkrieges vor allem von der preußischen Staatsbibliothek in Berlin nach Schlesien ausgelagert worden waren, unverzüglich zurückzugeben. ...

Deutschland sei Polens großer Fürsprecher beim NATO- und EU-Beitritt gewesen. Nun habe Polen eine Bringschuld, die Beutekunst-Verhandlungen schnellstens abzuschließen. ...<<

18.06.1998

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Zu den Entschädigungsforderungen früherer polnischer NS-Zwangsarbeiter sagte Schröder (Kanzlerkandidat der SPD), die moralische Verpflichtung der betroffenen deutschen Unternehmen könne nicht bestritten werden. Die betroffenen Firmen müßten in einen gemeinsamen Fonds für die Zwangsarbeiter einzahlen.<<

Kroatien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Dinko Sakic, ehemaliger kroatischer KZ-Kommandant und mutmaßlicher Kriegsverbrecher, soll an diesem Donnerstag nach seiner Auslieferung aus Argentinien in Kroatien eintreffen. ...

Sakic wird für den Tod Tausender von Menschen im kroatischen Konzentrationslager Jasenovac während des Zweiten Weltkrieges verantwortlich gemacht. In Jasenovac haben die mit

den Nazis verbündeten kroatischen Ustascha-Milizen nach unterschiedlichen Angaben zwischen 50.000 und 600.000 Serben, Juden, Roma und oppositionelle Kroaten ermordet.<<

19.06.1998

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über Schröders Besuch in Warschau: >>Kanzlerkandidat sichert Polen stetige Außenpolitik zu. Manchmal hat man den Eindruck, in Polen wisse man schon, wie die Bundestagswahl ausgehen wird. ... Das offizielle Warschau behandelte den Gast aus Deutschland fast so, als sei er schon Bonner Regierungschef. ...

Schröder war nach Warschau gekommen, um das Ansehen der SPD beim östlichen Nachbarn aufzupolieren ... Einfacher gemacht haben ihm das jene Bonner Koalitionspolitiker, die sich demonstrativ hinter die Forderungen der Sudetendeutschen Landsmannschaft gestellt und die Rückgabe deutscher Kulturgüter von Polen als Vorbedingung für den Beitritt des Landes zur Europäischen Union (EU) genannt hatten.

... Da hatte es Schröder in Warschau leicht: Die Frage der Kulturgüter ließ er verlauten, habe bei seinen Gesprächen mit polnischen Politikern gar keine Rolle gespielt, und Vorbedingungen für einen EU-Beitritt Polens lehne die SPD ab. ... "Die Vertriebenen", versuchte Schröder, seine Gastgeber zu beruhigen, "haben keinen realen Einfluß auf die deutsch-polnischen Beziehungen." ...<<

23.06.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Das Grenzdurchgangslager Friedland bei Göttingen wird zum 1. Juli zur zentralen Erstaufnahmeeinrichtung für jüdische Emigranten aus dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion. ...

Die Zahl der Spätaussiedler aus Osteuropa geht immer weiter zurück. Kamen 1996 noch 177.000 Personen nach Friedland, waren es im vergangenen Jahr nur noch 135.000. ...<<

04.07.1998

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>In ungewöhnlich scharfer Form hat das polnische Parlament am Freitag die Erklärung des Bundestages kritisiert. Die Resolution enthalte "Zweideutigkeiten" und "gefährliche Tendenzen", die nicht unwidersprochen bleiben dürften, heißt es in der nahezu einstimmig angenommenen EntschlieÙung des Sejm weiter. ...

In seiner mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP angenommenen Erklärung hatte der Bundestag am 29. Mai bekräftigt, daß die Vertreibung von Deutschen nach dem Zweiten Weltkrieg aus Bonner Sicht völkerrechtswidrig war. ...

Die EntschlieÙung der polnischen Abgeordnetenversammlung spiegelt die wachsende Unruhe in Polen über etwaige deutsche Forderungen nach Rückgabe ihres ehemaligen Immobilienbesitzes wider. Polen sieht die Vertreibung nicht als völkerrechtswidrig, sondern als Resultat der Potsdamer Konferenz der Siegermächte von 1945 an. ...<<

08.07.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 8. Juli 1998: >>**Vertriebene zweifeln an EU-Reife Polens**

Der Bund der Vertriebenen (BdV) hat erneut die EU-Reife Polens in Frage gestellt.

Präsidentin Erika Steinbach kritisierte ... in Bonn die Zurückweisung einer EntschlieÙung des Bundestages zum Thema Heimatvertriebene durch das polnische Parlament. "Sollte Polen bei dieser Haltung bleiben, dann ist es nicht reif für die Europäische Union", betonte Steinbach. Polen und Deutschland müÙten sich vorher um eine Lösung der Vertriebenen- und Vermögensfragen bemühen, weil sonst die noch ungelösten Probleme in der EU wie ein "Eiterherd" wirken würden.

Es widerspreche dem europäischen Geist, wenn Polen nach seiner Aufnahme in die Europäische Union den deutschen Vertriebenen nicht einmal die selbstverständlich in Europa gelten-

den Rechte wie Freizügigkeit oder Niederlassungsfreiheit einräumen wolle. "Es ist nicht hinzunehmen, daß der polnische Sejm die offenen Vermögensfragen jetzt plötzlich für unantastbar erklärt."<<

13.07.1998

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... Wie der Präsident des Steuerzahlerbundes, Karl Heinz Däke, erläuterte, hat das Innenministerium seit 1990 über 213 Millionen Mark an den VDA (Verein für das Deutschtum im Ausland) gezahlt, um die Lebensbedingungen von Rußlanddeutschen in den GUS-Staaten zu verbessern. Knapp 22 Millionen Mark sind nach Ermittlungen des Bundesrechnungshofes ohne Beleg versickert. ...<<

22.07.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über Spenden für die Oderflut im Jahre 1997: >>Rund 130 Millionen DM haben Bundesbürger nach Angaben der Caritas insgesamt für die Opfer der Oderflut in Deutschland, Polen und Tschechien gespendet. ...

Nach Angaben von DRK-Generalsekretär Johann W. Römer wurden rund 10,36 Millionen DM für Hilfsprojekte in Deutschland, 31,48 Millionen DM für Hilfen in Polen und fast 30 Millionen DM in Tschechien verwandt. ... Die Caritas, die insgesamt 23,1 Millionen DM Hilfe zur Verfügung hatte, gab rund 90 % der Spenden in Polen und Tschechien aus. ...<<

30.07.1998

BRD: "Die Zeit" berichtet über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/231): >>... Die Botschaft aus dem Inneren beziehungsweise diktatorischen kommunistischen Regime lautet nicht: Unsere Schreckensnachrichten stellen den vorigen Schrecken in den Schatten. Sie stellen neben das vorige Erschrecken ein neues. Ralph Giordano sagte es, in seinem Ostpreußenbuch 1994, so: "Schluß damit, die Ermordeten der beiden historischen Gewaltsysteme zu Rivalen zu degradieren - sie waren es weder zu Lebzeiten noch im Tode."

Die Botschaft lautet: Es gibt keine Sicherheit. ... Dieses Zeugnis ist ernst zu nehmen, nicht zu relativieren. Es geht also nicht um einen neuen Schatten für altes Unrecht, sondern um neues Licht für ein anderes Unrecht.<<

31.07.1998

BRD: Der Berliner "Mercur" berichtet im Juli 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/226): >>... Der gerade von französischen Historikern ins Land getragene Streit sollte das lange Zeit beschworene deutsche Monopol auf das absolut Böse entmachten und den Blick darauf europäisch vergleichend öffnen. Dies wäre der Analyse, dem Verständnis und der Erinnerung an das Jahrhundert totalitärer Gewalterfahrung zuträglicher.<<

22.08.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Bundeskanzler Helmut Kohl hat jede Beteiligung der Regierung an einem Fonds zur Entschädigung von Zwangsarbeitern in der Nazi-Zeit abgelehnt. Der Bund werde seine "Wiedergutmachungskasse" nicht wieder öffnen, da er schon Entschädigungen an Holocaust-Opfer in Osteuropa geleistet habe, sagte Kohl ...<<

31.08.1998

BRD: Die Zeitschrift "Politische Meinung" berichtet im August 1998 über "Das Schwarzbuch des Kommunismus" (x087/156): >>... Zuweilen kann das Werk aufgrund des jetzigen Forschungsstandes nur Splitterwissen vermitteln. Gleichwohl besteht der generelle Wert des Buches darin, ein Luftloch geschlagen zu haben in das Packeis des organisierten Vergessens und Verharmlosens bis 1989. ... "Es gibt unter Zeitgenossen", so Ehrhart Neubert von der Gauck-Behörde, "widersinnige Rechtfertigungen und Verharmlosungen der kommunistischen Herrschaft samt ihrer Verbrechen. Doch diese bestätigen eigentlich nur, wie leicht Menschen zu Tätern und politischen Verbrechern werden können." ...<<

04.09.1998

Polen: Waclaw Dlugoborski (Prof. für Wirtschafts- und Sozialgeschichte sowie Kurator für Forschungsfragen in der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau) kritisiert am 4. September 1998 die mangelhafte Ermittlung der in Auschwitz ermordeten Menschen (x046/181): >>Die Blamage bei der Ermittlung der Zahl der Ermordeten von Auschwitz hätte Warnung genug sein sollen. Kurz nach Kriegsende wurde sie von einer sowjetischen Untersuchungskommission ohne weitere Nachforschungen auf vier Millionen festgelegt. Obwohl von Anfang an Zweifel an der Richtigkeit der Schätzung bestanden, wurde sie zum Dogma. Bis 1989 galt in Osteuropa ein Verbot, die Zahl von vier Millionen Getöteten anzuzweifeln; in der Gedenkstätte von Auschwitz drohte man Angestellten, die an der Richtigkeit der Schätzung zweifelten, mit Disziplinarverfahren.<<

07.09.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Als Voraussetzung für einen EU-Beitritt Polens und Tschechiens hat der Bund der Vertriebenen Entschädigungen und Rückkehrrechte für deutsche Heimatvertriebene nach dem Zweiten Weltkrieg gefordert. Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte in einem Grußwort zum "Tag der Heimat", die Bundesregierung werde die Vertriebenengruppen in den EU-Erweiterungsprozeß einbeziehen. Ihr Mitwirken sei wichtig für eine Aussöhnung mit den mittel- und osteuropäischen Nachbarn. BdV-Präsidentin Steinbach sagte in Berlin, Polen und Tschechien hätten sich im Gegensatz zu Ungarn, Estland, Litauen und Rumänien bislang dagegen gesperrt, das Vertreibungsunrecht aufzuarbeiten. Die Osterweiterung der EU biete nun die Möglichkeit, "die Verletzung der Menschenrechte wieder in Ordnung zu bringen". Neben der Entschädigung der Opfer gehöre dazu auch die Bestrafung von Verbrechen an Deutschen, sagte die CDU-Bundestagsabgeordnete aus Frankfurt am Main.<<

27.09.1998

BRD: Bei der 14. Bundestagswahl erhalten die Parteien folgende Wählerstimmen: CDU/CSU = 35,2 %, SPD = 40,9 %, FDP = 6,2 %, Bündnis 90/Die Grünen = 6,7 %, PDS = 5,1 %. Nach 16 Jahren wird Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) durch Gerhard Schröder (SPD) abgelöst. Bundeskanzler Schröder bildet später eine Koalitionsregierung aus SPD und Bündnis 90/Die Grünen.

16.10.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Gegen den letzten lebenden KZ-Arzt von Auschwitz, Hans Münch, haben deutsche Behörden Ermittlungen wegen Mordes und Beihilfe zum Mord aufgenommen. ...

Die Staatsanwaltschaft Frankfurt hat ein früheres Ermittlungsverfahren gegen den 87jährigen wieder aufgenommen, weil in der Gauck-Behörde bislang unbekannt Stasi-Unterlagen entdeckt worden seien. ...<<

23.10.1998

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... Der tschechische Zwangsarbeiterverband will gegen deutsche Firmen klagen. ... Auch Witwen und Waisen müßten entschädigt werden. ... Die finanzielle Leistung der deutschen Unternehmen müsse deutlich höher sein als 1,25 Milliarden Dollar. Diese Summe hatten jüdische Organisationen kürzlich mit Schweizer Banken ausgehandelt. ...<<

06.11.1998

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Bundeskanzler Gerhard Schröder ist zu einem Arbeitsbesuch nach Warschau gekommen, wenige Tage nach Außenminister Fischer. ...

Der Kanzler distanzierte sich noch einmal von den Forderungen des Bundes der Vertriebenen, Entschädigungen für Vertriebene zu einer Vorbedingung des polnischen Beitritts zu machen:

"Ich habe zu diesen Forderungen kein Verhältnis und gedenke auch nicht, eines herzustellen. Ich halte das für falsch. Diese Regierung wird keine Bedingungen für den EU-Beitritt aufstellen oder akzeptieren." Seine Antwort nach Entschädigungen für polnische Zwangsarbeiter ist nicht so eindeutig: Es gebe bereits eine Stiftung, die "einen Teil dieser Ansprüche befriedigt", sagte er. ...<<

14.11.1998

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Rußland und Japan haben ungeachtet des Streits über die Süd-Kurilen ihren Willen zum Abschluß eines Friedensvertrages bis zum Jahr 2000 bekräftigt. Eine entsprechende Erklärung unterzeichneten der russische Präsident Boris Jelzin und der japanische Ministerpräsident Keizo Obuchi am Freitag in Moskau.<<

03.12.1998

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 3. Dezember 1998 über die Holocaust-Konferenz in Washington: >>**Es geht auch um viel Geld**

Noch ist längst nicht alles getan, um den Raub von Vermögenswerten durch die Nazis auszugleichen – soweit das überhaupt noch möglich ist. Mit dieser Frage beschäftigt sich die Holocaust-Konferenz in Washington.

... Elie Wiesel Jahrgang 1928, geboren in einem rumänischen Dorf, Kind armer, orthodox jüdischer Eltern, Friedensnobelpreisträger, ist ein Überlebender der Judenverfolgung. Er ist einer derjenigen, deren Schicksal im Mittelpunkt der Konferenz in der amerikanischen Hauptstadt steht. Geht es dort doch darum, Überlebenden späte Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, "Brücken zwischen Brutalität und Menschlichkeit zu bauen", wie Stuart Eizenstat, Staatssekretär im US-Außenministerium, über die Beratungen sagt.

Eizenstats Chefin Madeleine Albright beeindruckt die Zuhörer, als sie berichtet, wie schmerzhaft es für sie einst gewesen sei, ihre jüdischen Wurzeln in der Tschechoslowakei wiederzuentdecken. "Ich denke jetzt oft an das Blut in meinen Adern. Es sollte keine Rolle spielen. Aber für Hitler spielte es eine Rolle und deshalb starben sechs Millionen Juden."

So zynisch es angesichts des unsagbaren menschlichen Leids erscheinen mag: In Washington geht es auch und nicht zuletzt um viel Geld, um Kunstschatze, Versicherungspolice, um Häuser und Grundstücke. Um Werte, die jüdischen Familien und Gemeinden gehört haben; sie sind enteignet und gestohlen sowie bis heute nicht zurückgegeben worden.

Wer den Reden in Washingtons Holocaust-Museum lauscht, mag glauben, erst jetzt falle auf, daß der größte Völkermord der Geschichte auch der größte Raubzug der Geschichte war. Nicht mit einem Wort erwähnt Eizenstat (Staatssekretär im US-Außenministerium) oder einer der US-Organisatoren der Konferenz, daß die Bundesrepublik Deutschland 1953 das erste Wiedergutmachungsgesetz verabschiedet und seither mehr als 100 Milliarden Mark dafür aufgewendet hat, um überlebenden Opfern des Nazi-Terrors wenigstens finanziell unter die Arme zu greifen.

Unerwähnt bleibt auch, daß seinerzeit die junge Bundesrepublik beim Aufbau des jungen Staates Israel half, daß Zehntausende gestohlene Kunstwerke schon von den US-Besatzungstruppen in Deutschland eingesammelt und – wo möglich – den rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben wurden. ...

Doch dann sind da die Anwälte wie Ed Fagan, die Prozesse gegen Schweizer Banken, gegen deutsche ... Großunternehmen angezettelt haben – im Interesse sagen sie, von Überlebenden des Holocausts. Sie verlangen Schadenersatzsummen in Milliardenhöhe. Um ihr Ziel zu erreichen, setzen sie den Beklagten energisch zu, indem sie die "Öffentlichkeit mobilisieren".

Das heißt, sie bemühen sich darum, die Medien in Aufregung zu setzen. Beklagte an den Pranger zu stellen, Politiker zu veranlassen, zum Boykott deutscher oder eidgenössischer Unternehmen aufzurufen. Und gewissermaßen ganz nebenbei kassieren sie 20, 30 oder mehr

Prozent sofern die Beklagten, um einen langen Prozeß und entsprechend vielen Presseberichten zu entgehen, bereit sind, eine Abfindung zu zahlen: eine legalisierte Form der Erpressung. Fagan und seine Kollegen sind zu der Konferenz in Washington nicht geladen, und kaum jemand ist hier gut auf sie zu sprechen. ...

Vor dem Museum demonstrieren orthodoxe Juden, schwarzgewandet, die Haare an den Schläfen zu Zöpfen geflochten. "Wir wahren Juden", erklären sie, "verurteilen jede Form von Forderung, Fahndung, Boykott oder Klage gegen irgendeine Nation, Regierung, Bank oder sonstige Institution. Wir nehmen kein Geld."

Elie Wiesel mußte seine Kinderbücher zurücklassen, als ihn Nazi-Schergen ins Konzentrationslager schleppten. Seine Mutter und Schwester wurden in Auschwitz ermordet, sein Vater starb in Buchenwald. ...

Wiesel stellte fest: "Antisemiten unterstellten, wir Juden sprächen gern über hehre Dinge und dächten doch nur an Geld."

Vielleicht sei die Konferenz ja eine Chance, die Dinge umzudrehen: "Laßt uns über Geld reden, aber an hehre Dinge denken."

Doch wie tut man das? Wie vertragen sich ehrliche Gewissenserforschung und das Pochen auf Verträge, wie vertragen sich Nächstenliebe und Buchhalterei. ...

Die Deutschen und Österreicher sind froh, in Washington nicht an den Pranger gestellt zu werden. Wenn hier von Greueln die Rede ist, sind immer die "Nazis" die Täter. Und sollten auf der Konferenz klare Richtlinien für die Rückgabe gestohlener Kunstwerke formuliert werden, käme dies nicht zuletzt deutschen Museen zugute und zwar in ihrem Streit mit den russischen Behörden um einst aus der russischen Zone entführte Beutekunst.

Teilnehmer der Konferenz waren eingeladen, nach der feierlichen Tagungseröffnung das Holocaust-Museum zu besichtigen, durch einen Viehwaggon zu gehen, in dem Juden zusammengepfercht nach Auschwitz transportiert wurden, oder einen schnellen Blick auf die Fotos zu werfen, zum Beispiel von jenem kleingewachsenen Juden, der von deutschen KZ-Ärzten erstochen und zerlegt wurde, um sein außergewöhnliches Skelett einer medizinischen Sammlung zuführen zu können. Die Ärzte haben den "Vorgang" penibel dokumentiert.

Nur wenige Delegierte nahmen die Einladung an. Weit größer war der Andrang am Büfett.<<
04.12.1998

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der kommunistische Vorsitzende des russischen Parlaments, Gennadi Selesnjow, hat sich für die Wiedereinführung der Zwangsarbeit in Rußland ausgesprochen. Massenmörder und andere Schwerverbrecher müßten zur Zwangsarbeit verurteilt werden, "damit sie Gott jeden Tag um den Tod anflehen", zitierte die Nachrichtenagentur Interfax Selesnjow. Dann könne man die Todesstrafe in Rußland abschaffen. ...<<

08.12.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die griechischen Wünsche nach Wiedergutmachung für Nazi-Verbrechen sind auch bei der neuen Bundesregierung auf taube Ohren gestoßen. ... Die Bundesregierung halte das Thema für abgeschlossen und sehe keine Möglichkeit, es wieder aufzunehmen. Nach griechischen Berechnungen belaufen sich die Entschädigungsforderungen jüdischer Opfer nationalsozialistischer Verfolgung in Griechenland auf rund 50 Milliarden Mark. Außerdem wird eine Anleihe von 25 Milliarden Mark zurückverlangt, die zu gewähren die Bank von Griechenland vom Deutschen Reich (NS-Regime) gezwungen worden war.<<

17.12.1998

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über antisemitische Ausfälle führender Mitglieder der Kommunistischen Partei Rußlands: >>... Der Präsident des Zentralrates der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, verurteilte am Mittwoch die Äußerungen des

kommunistischen Duma-Abgeordneten Viktor Iljuchin. ... Die wiederholten antisemitischen Äußerungen von KP-Mitgliedern bestätigten, daß es sich nicht um "Versprecher" oder einen "Zufall" handele, wie die Parteispitze es darstelle, sagte Kreml-Sprecher Dimitri Jakuschkin im russischen Fernsehen. Die Diskussion appelliere an "niedrigste menschliche Instinkte".

30.12.1998

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über die Debatte um Martin Walsers umstrittene Friedenspreisrede: >>In der Debatte um die Friedenspreisrede von Martin Walser hat die Vorsitzende des Förderkreises für ein Holocaust-Mahnmal in Berlin, Lea Rosh, den Schriftsteller scharf angegriffen. "Walser ist ein Brandstifter", sagte Rosh der "Märkischen Allgemeinen". Daß der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, diesen Vorwurf zurückgenommen habe, sei falsch. Walser habe einen gesellschaftlichen Konsens aufgekündigt.

Walser hatte derartige Vorwürfe zurückgewiesen. In seiner Rede am 11. Oktober 1998 hatte Walser unter anderem gesagt: "Kein ernstzunehmender Mensch leugnet Auschwitz. Wenn mir aber jeden Tag in den Medien diese Vergangenheit vorgehalten wird, merke ich, daß sich in mir etwas gegen diese Dauerpräsentation unserer Schande wehrt."<<

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner über ein Gespräch mit dem unermüdlichen "Nazijäger" Simon Wiesenthal: >>... "Das Wichtigste war es nicht, Hunderte von Leuten vor Gericht zu bringen, sondern gegen das Vergessen zu kämpfen." Er sagte das mit Blick auf die Zukunft: "Ich wünsche nämlich nicht, daß die Enkel mitmachen müssen, was ich mitgemacht habe." ...

Glaubt Wiesenthal, daß der Holocaust vergessen wird, wenn irgendwann auch die jüngsten unter Hitlers Helfern gestorben sein werden? ... Nein, antwortet Wiesenthal: "Der Holocaust wird auch mit dem Generationswechsel nicht vergessen. Die Geschichte selbst wird an ihn erinnern. Schandflecke in der Geschichte haben ihr eigenes Leben."

Die heftige Debatte um Walsers Frankfurter Friedenspreisrede sei exemplarisch für das Umgehen mit dem Holocaust: "Es ist eben eine Rache der Geschichte, daß - wie Walser - viele Deutsche nicht wissen, wie sie damit fertig werden sollen, wie sie bei der Sache bleiben oder wie sie aus ihr herauskommen." ...<<

1999

>>Am vorderen Tor wehrt man den Tiger ab, und durch die Hintertüre kommt der Wolf ins Haus.<< (Chinesisches Sprichwort)

12.01.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über den Bau eines neuen Conti-Werkes in Rumänien: >>... In die neue Fabrik in der westrumänischen Stadt Timisoara (Temesvar) nahe der ungarischen Grenze werden insgesamt mehr als 100 Millionen DM investiert, wie Continental am Montag mitteilte.

... Die neue Niedriglohnfabrik werde den konzerninternen Wettbewerb der Standorte verschärfen, räumte ein Conti-Sprecher ein. Aber das sei so gewollt. Trotz steigender Reifen nachfrage sei die Umstrukturierung der Hochlohnstandorte nicht vom Tisch. "Ein Ausruhen gibt es nicht." Ziel sei es, den Anteil der Produktion in Niedriglohnländern von derzeit über 30 % auf 40 % zu erhöhen. ...<<

18.02.1999

Rußland: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet über Rußlands Verschuldung im Westen: >>Es ist eine alte Schuldner-Weisheit: Wer einen kleinen Kredit aufnimmt, der ist der Bank ausgeliefert. Wer dagegen einen großen Kredit erhalten hat, dem gehört die Bank. Denn mit der Größe des Betrages steigt die Angst, das ganze Geld zu verlieren - und dies för-

dert die Bereitschaft, immer neue Finanzspritzen zu genehmigen. Nicht nur Betrüger nutzen diese Erkenntnis, sondern auch Staaten wie Rußland. ...<<

06.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. März 1999 über die sowjetischen Enteignungen in Mitteldeutschland von 1945 bis 1949: >>"Ermordung und Enteignung – das kann nicht rechtens sein"

Sie geben keine Ruhe. Immer wieder ziehen sie vors Verfassungsgericht, klagen bei der EU. Warum sind die Enteigneten von 1945/49 nicht bereit, ein schwieriges Kapitel der Nachkriegsgeschichte zuzuschlagen?

... Am 15. Juni 1990 haben die beiden deutschen Regierungen verkündet, daß die Enteignungen im Zuge der sogenannten Bodenreform in der SBZ nicht rückgängig gemacht werden.

Zweimal, 1991 und 1996, hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, daß die Unumkehrbarkeit der Enteignungen vor 1949 rechtens ist. Und doch geben die einstigen Großgrundbesitzer keine Ruhe.

Seit 8 Jahren kämpfen sie als "Verlierer der Wiedervereinigung" gegen die "Fortsetzung des kommunistischen Enteignungsunrechts durch die Bundesrepublik Deutschland".

Ihre Forderung: Sie wollen im wesentlichen so behandelt werden wie die Land-, Haus-, Gewerbe- oder Fabrikbesitzer, die nach 1949 von den Behörden der DDR enteignet worden sind. Sie wollen entweder Rückgabe des Teils ihres ehemaligen Eigentums, der sich heute in Staatsbesitz befindet oder eine angemessene Entschädigung. ... "Es geht nicht um unser Eigentum, sondern um den Rechtsstaat schlechthin." ...

Ein Politikum wurde erst daraus, als die beiden Deutschlands vereinigt wurden. "Sämtliche Regierungen der Bundesrepublik haben immer gesagt, die Enteignung sei bitteres Unrecht gewesen und müsse irgendwann wieder gutgemacht werden – und dann, als die Regierung Kohl die Chance dazu hatte, hat sie es nicht getan."

Im Gegenteil. Mit der Aufnahme des Absatzes Die Enteignungen auf besatzungsrechtlicher bzw. besatzungshoheitlicher Grundlage (1945 bis 1949) sind nicht mehr rückgängig zu machen" in den Einigungsvertrag hat die Bundesrepublik nachträglich zum Recht erhoben, was bis dahin auch im Völkerrecht als Unrecht galt – die Enteignung von Privateigentum durch eine Siegermacht.

Das sei nötig gewesen, hat die Regierung Kohl danach immer wieder versichert, weil die Sowjetunion die Wiedervereinigung andernfalls niemals zugelassen hätte. Diese Behauptung ist inzwischen weitgehend erschüttert worden, sogar durch den einstigen Sowjetpräsidenten Michail Gorbatschow.

Der jüngste Einspruch wurde erst in der vergangenen Woche veröffentlicht: eine eidesstattliche Erklärung des Beauftragten der DDR-Regierung bei den Verhandlungen zur Herstellung der deutschen Einheit, des CDU-Politikers Günther Krause. Klipp und klar heißt es da: "Von einer solchen Vorbedingung der sowjetischen Verhandlungsseite ist mir nichts bekannt."

... Von den im Zuge der Bodenreform enteigneten landwirtschaftlichen Flächen werden gerade mal 30 Prozent von Neusiedlern bewirtschaftet – der Rest befindet sich derzeit in Staatseigentum. Nur auf dieses Land, das nicht bereits anderen Privatleuten gehört, erheben die Enteigneten Anspruch.

Das sind immerhin 1,5 Millionen Hektar ehemals von den volkseigenen LPGs bewirtschafteter Äcker, Weiden und Forsten – und für die kassiert die staatliche Bodenverwertungs- und Verwaltungs GmbH (BVVG) die Pacht. Mehr als 60.000 Hektar Felder und Forsten hat sie bereits verkauft. Im Jahr 2004 dann soll den ursprünglichen Besitzern dieser Flächen eine "Ausgleichszahlung" von durchschnittlich 10 Prozent der beschlagnahmten Vermögenswerte gezahlt werden.

Mit diesem bescheidenen Ausgleich anstelle einer vollwertigen Entschädigung geben sich die

Enteigneteten nicht zufrieden. Ihr 8 Jahre währender Widerstand hat ihnen in großen Teilen der Bevölkerung wie der Politik den Ruf eingetragen, auf Kosten mühselig um ihre Existenz kämpfender Bauern in Ostdeutschland die "Herrschaft der Junker" wieder auferstehen lassen zu wollen. Die einstigen Großgrundbesitzer aber sind davon überzeugt, daß sie von der Regierung Kohl in ein "Sonderopfer für die Wiedervereinigung" gezwungen worden sind.

Deshalb mag Lüder (einer von den rund 1.800 enteigneteten Großgrundbesitzern von 1945) das verächtliche Wort vom gierigen Junker nicht mehr hören. Bitter zitiert der 76jährige das, was Bundeskanzler Helmut Kohl 1996 eingeräumt hat:

"Bei den Verhandlungen über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion haben wir geglaubt, mit dem Verkauf der einstigen volkseigenen Betriebe durch die Treuhand die Schulden der DDR finanzieren zu können."<<

09.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Bundeskanzler Gerhard Schröder und der tschechische Ministerpräsident Milos Zeman wollen das Verhältnis beider Staaten "zukunftsorientiert ausbauen" und einen Schlußstrich unter die Ereignisse nach dem Kriegsende ziehen. ...

Schröder sagte, die Sudetendeutschen hätten das Recht, ihre kulturellen Eigenarten zu pflegen, aber keinen Einfluß auf die deutsche Außenpolitik. Daraufhin warf die CSU Schröder vor, er habe "das Schicksal von Millionen Heimatvertriebenen zu den Akten gelegt". ...

Der Kanzler befürwortete "ohne Einschränkung" die Aufnahme Prags in die EU, ohne sich auf einen Termin festzulegen. ...<<

10.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die Bundesregierung ist Vorwürfen der CSU und der Sudetendeutschen entgegengetreten, Bundeskanzler Schröder (SPD) habe auf Vermögensansprüche der Vertriebenen in Tschechien verzichtet. "Selbstverständlich haben wir nicht auf Rechtspositionen verzichtet", sagte Schröders außenpolitischer Berater im Kanzleramt, Michael Steiner. Den Sudetendeutschen bleibe es unbenommen, vor tschechischen Gerichten zu klagen. Diese Rechtspositionen könne die Bundesregierung den Vertriebenen nicht nehmen.

Schröder war am Montag in Bonn mit Tschechiens Ministerpräsident Milos Zeman zusammenkommen. Der Kanzler habe dabei klargestellt, daß die Bundesregierung keine Vermögensfragen im Zusammenhang mit den Geschehnissen im und nach dem Zweiten Weltkrieg aufwerfen werde, sagte Steiner. ... Schröders "befreiende Worte" hätten den Tschechen die Angst genommen, die Bundesregierung könnte Vermögensansprüche der nach dem Zweiten Weltkrieg vertriebenen Sudetendeutschen verfolgen. ...

Steiner bekräftigte, daß Zeman bei dem Treffen klargestellt habe, daß die Wirksamkeit der sog. Benesch-Dekrete aus Sicht der tschechischen Regierung inzwischen erloschen sei. ...

CDU/CSU-Fraktionschef Wolfgang Schäuble hielt Schröder vor, "in unverantwortlicher Weise mit der Politik der bisherigen Bundesregierung" gebrochen zu haben. ...

In Prag reagierten Oppositionspolitiker mit verhaltener Zustimmung auf die Äußerungen Zeman, ein Teil der sog. Benesch-Dekrete zur Enteignung sei "erloschen". Diese Dokumente seien "heute selbstverständlich nicht mehr aktuell", sagte der außenpolitische Sprecher der Demokratischen Bürgerpartei (ODS), Jan Zahradil. Die Dekrete seien aber auch "untrennbarer Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung".<<

13.03.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 13. März 1999: >>**Scharping: Gewinn für Deutschland**

Bundesverteidigungsminister Rudolf Scharping sieht im NATO-Beitritt von Polen, Tschechien und Ungarn einen Gewinn für Deutschland.

Die Bundesrepublik stehe damit vor einer "historisch einmaligen Situation, nämlich zum ersten Mal nur von Freunden und Partnern umgeben zu sein", sagte er der in Berlin erscheinenden Tageszeitung "Die Welt".

Zugleich wies Scharping Bedenken Rußlands zurück: "Die NATO-Erweiterung richtet sich gegen niemand. Sie ist Export von Sicherheit und Stabilität."

Die Erweiterung werde verknüpft mit einer sehr engen Kooperation mit Rußland: "Insgesamt wird die Lage in Europa sicherer."<<

24.03.1999

Tschechien: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der deutsche Automobilkonzern Volkswagen hat sich für eine Anzeige in tschechischen Zeitungen entschuldigt. Die Prager Filiale der Firma hatte am 15. März mit einer militär-ähnlichen Landkarte Tschechiens und dem Titel "Große Frühjahrs-Offensive" für ihre Wagen geworben. Am Tage der Veröffentlichung der Anzeige in mehreren Tageszeitungen erinnerten Opferverbände des Landes an die Errichtung des "Protektorats Böhmen und Mähren" durch das NS-Regime am 15. März 1939. ...<<

03.04.1999

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Frühere Zwangsarbeiter haben am Mittwoch in Polen vor den diplomatischen Vertretungen Deutschlands eine schnelle Entschädigung der polnischen NS-Opfer gefordert. ... "Es gibt keine Aussöhnung ohne eine Wiedergutmachung", riefen die Protestteilnehmer. ...<<

19.04.1999

BRD: Die Nienburger Tageszeitung "DIE HARKE" berichtet: >>Das 50jährige Bestehen der Landsmannschaften Schlesien und Sudetenland ist Anlaß zum Gedenken, aber kein Grund zum Feiern." Mit diesem Satz faßte ... Friedrich Schmidt von der sudetendeutschen Landsmannschaft die Stimmung der Gedenkfeier ... in Worte. ... Er appellierte, das Unrecht der Vertreibung nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. ... "Angesichts der täglichen Bilder aus dem Kosovo wird die Erinnerung an das eigene Schicksal wieder hellwach."

Eines wurde deutlich: Wichtigstes Anliegen der Landsmannschaften ist es, daß die Regierungen Polens und Tschechiens offiziell die Vertreibung der Deutschen als Unrecht anerkennen. "Eine Verständigung mit den östlichen Nachbarn darf keine Einbahnstraße sein. Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit sind die Voraussetzungen eines gemeinsamen Weges zu Frieden und Freiheit", betonte Heinz Menschik für die Landsmannschaft der Schlesier.

Einig ist er sich mit Friedrich Schmidt in der Bewertung der Landsmannschaften: "Sie bewahren den Heimatgedanken über viele Jahre. Ohne sie wären Schlesien, Pommern, Ostpreußen und das Sudetenland in Vergessenheit geraten. ... "Die jungen Menschen wissen heute kaum noch etwas über die Ostgebiete. Es wird ja auch kaum noch darüber gesprochen."<<

24.04.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Im Beisein von Staats- und Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa ist der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl in New York als "Staatsmann des Jahrzehnts" geehrt worden. ... Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger sagte, Kohl sei "die treibende Kraft der Einigung Europas" gewesen. ... Dies war nicht die erste US-Ehrung für Kohl in dieser Woche: Präsident Bill Clinton hatte ihn zuvor mit der Freiheitsmedaille ausgezeichnet und ihm in Anspielung auf John F. Kennedys berühmtes Wort: "Ich bin ein Berliner" bescheinigt: "Du bist ein Amerikaner."<<

08.07.1999

BRD: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet: >>Die Bundesregierung hat sich vor einem US-Gericht dafür eingesetzt, die Sammelklage von NS-Opfern gegen den deutschen Konzern Degussa-Hüls fallenzulassen.

Bonn verweist auf die Souveränität und Entschädigungsleistungen der Bundesrepublik. ... Bonn bringt im wesentlichen 2 Gründe zum Schutz des Unternehmens vor. Die Anwälte verweisen auf das "souveräne Interesse der Bundesrepublik", Ansprüche dieser Art selbst zu regeln. Schließlich hätten das Bundesentschädigungsgesetz und spätere Regelungen dazu beigetragen, daß Deutschland "eine moralische Basis" finde, um nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der atlantischen Allianz aufgenommen zu werden.

Bislang seien 104 Milliarden Mark für "Wiedergutmachungszahlungen" aufgebracht worden, heißt es in dem Schreiben an das Gericht. Zugleich heben die Rechtsvertreter Bonns hervor, daß für noch offene Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter von deutschen Konzernen, die "Teil der staatlich kontrollierten Kriegswirtschaft waren", ein Entschädigungsfonds geschaffen werden solle. ...<<

15.07.1999

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der häßliche Deutsche feiert Auferstehung. ... Nur die Warschauer "Polityka" weist ab und zu noch darauf hin, daß Gerhard Schröder der erste Kanzler ist, der laut über Entschädigungen für Naziopfer rede, "während sein Vorgänger es vorzog, über Entschädigungen für Vertriebene zu sprechen". Dankbarkeit erntet die rot-grüne Bundesregierung dafür noch lange nicht. Selten hatte Deutschland in Polen nach 1989 eine schlechtere Presse als diese Tage.

... Nun werden in der Öffentlichkeit Zahlen diskutiert, bei denen selbst Mitglieder der polnischen Verhandlungsdelegation abwinken: Von 48 Milliarden DM an entgangenen Löhnen für 600.000 Zwangsarbeiter ist da die Rede und von Zahlungen auch an die Erben Verstorbener. ...<<

11.08.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>... Nach ersten Plänen des Landes (Niedersachsen) soll die Gedenkstätte des Konzentrationslagers im Landkreis Celle thematisch und räumlich erweitert werden. ...

Praktisch zugleich mit den Zukunftsplänen für die Gedenkstätte hat die Bundesregierung angekündigt, die Mittel für die Gedenkstätten in Westdeutschland kräftig aufzustocken. Neben Dachau (Bayern) und Neuengamme (Bremen) soll vor allem Bergen-Belsen profitieren. 10 Millionen Mark zusätzlich will der Berliner Kulturstaatsminister Michael Naumann im kommenden Jahr zur Verfügung stellen. Im kommenden Jahr soll die Förderung auf 15 und später auf 20 Millionen Mark erhöht werden. Der Bund unterstützt die Gedenkstätten in Deutschland zur Zeit mit jährlich 50 Millionen Mark. ...<<

20.08.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf Lambsdorff, ist am Donnerstag in Washington mit Forderungen von über 20 Milliarden Dollar an die deutsche Wirtschaft konfrontiert worden. ...<<

31.08.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet: >>Die USA haben vor den Folgen eines Fehlschlags der deutsch-amerikanischen Gespräche über die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gewarnt. Der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat erklärte, ein Fehlschlag könnte US-Firmen zu einem Boykott deutscher Waren veranlassen. Somit drohten die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland Schaden zu nehmen und deutsche Unternehmen getroffen zu werden. Solche Probleme mit einem der wichtigsten Verbündeten dürfe man nicht heraufbeschwören.<<